

Editorial

Mit dem Abschluss des dritten Jahrganges von dms können wir die erfreuliche Nachricht übermitteln, dass unsere Zeitschrift ab November 2010 für drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft **DFG** gefördert wird. Diese Förderung dürfen wir sicherlich als großen Erfolg werten. Beeindruckt hat uns vornehmlich der Tenor der fachlichen Begutachtung, die dms aus der Marktkonkurrenz als „einmalig“ herausgehoben hat. Wir werden uns bemühen, den hieraus entstehenden Herausforderungen auch weiterhin gerecht zu werden; auch in diesem Heft, dessen **Schwerpunkt Der Staat in der Krise** sich einem ebenso aktuellen wie wissenschaftlich herausfordernden Thema widmet.

Der Staat hat in der Finanzkrise eine neue Stärke demonstriert. Verstaatlichungen, eine aktive Konjunkturpolitik und marktbeschränkende Regulierung sind Politikinstrumente, die sich besser mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat der 1950er bis 1970er Jahre vereinbaren lassen als mit dem marktfördernden Wettbewerbsstaat der 1990er Jahre. Läuten die Antworten der Regierungen auf die Finanzkrise ein neues Zusammenspiel von Staat und Markt ein? Schwingt das Pendel wieder zurück zur „gemischten Ökonomie“ der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte, in der Staat und Markt eine gleichberechtigte Rolle einnahmen? Wie sahen die Politikmuster des Krisenmanagements aus, das die westlichen Industrieländer in den letzten zwei Jahren betrieben haben? Diesen Fragen ist der Schwerpunkt und insbesondere der Beitrag von *Anke Hassel* und *Susanne Lütz* als special editors gewidmet. Staaten haben, so ihr Befund, durch die Krise ihr Handlungsrepertoire an Steuerungsinstrumenten gegenüber der Wirtschaft erweitert und in diesem Sinne an „Stärke“ gewonnen. Der neu erreichte Grad an Handlungsfähigkeit wird jedoch im Unterschied zur Nachkriegszeit wieder durch Effekte der Globalisierung eingeschränkt. Staaten müssen die wettbewerblichen Auswirkungen ihrer Maßnahmen für den eigenen Standort berücksichtigen („Standortlogik“) und sich bei der Politikformulierung mit anderen Staaten abstimmen („Kooperationslogik“). *Tanja Klenk* und *Frank Nullmeier* diskutieren die aktuellen Konjunkturprogramme vor dem Hintergrund politischer Krisentheorien der 1970er Jahre. Dem Staat mangle es nicht an Steuerungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft und an einem funktionsfähigen Krisenmanagement, er werde sich jedoch aufgrund seiner kurzfristigen Steuerungserfolge langfristig fiskalisch und administrativ überlasten und insgesamt schwächen. Dass die OECD-Staaten recht ähnlich mit weitreichenden Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur auf die Krise reagierten, zeigt der Beitrag von *Uwe Wagschal* und *Tim Jäkel*. Erklärbar sei dies durch die Verbreitung

eines neokeynesianischen Paradigmas der Wirtschaftspolitik, das sich westliche Länder und internationale Organisationen zu Eigen gemacht haben; Unterschiede im Umfang, der Zusammensetzung und im Zeitpunkt der Stützungsmaßnahmen werden auf variierende sozioökonomische und politisch-institutionelle Faktoren zurückgeführt. Die Exekutivlastigkeit der Entscheidungsprozesse während der Finanz- und Wirtschaftskrise ist Thema in den Beiträgen von *Julia Fleischer* und *Salvador Parrado* sowie *Simon Hegelich*. Sowohl in Deutschland als auch in Spanien kam es im Zuge des Krisenmanagements zu einer Zentralisierung der exekutiven Entscheidungsfindung. In Deutschland beschränken – im Unterschied zu Spanien – konstitutionelle Entscheidungsprinzipien im Kabinett sowie die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative jedoch eine ausgeprägte Zentralisierung. *Simon Hegelich* rekonstruiert die Diskurskoalitionen, die sich bei der Entstehung des deutschen Finanzmarktstabilisierungsgesetzes gebildet haben. Das neu entstandene „Policy-Subsystem der Finanzmarktrettung“ unterscheidet sich von dem bisher dominierenden Subsystem der Finanzmarktregulierung dadurch, dass ihm Staatssekretäre im Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium, nicht aber Bankvorstände oder das Wirtschaftsministerium angehörten. *Daniel Mügge* und *Bart Stellinga* demonstrieren die Relevanz der „Standortlogik“ für die Positionen zentraler Industriestaaten in internationalen Verhandlungsprozessen zur Reform der Finanzmarktregulierung. Unabhängig von nationalen Besonderheiten, so die These, vertraten die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich inhaltliche Positionen, die die Wettbewerbsinteressen ihrer nationalen Finanzinstitute berücksichtigten und entsprechend keine Wettbewerbsnachteile für den nationalen Standort nach sich zogen. Insgesamt demonstrieren die Beiträge dieses Schwerpunktes, dass der Staat im Zuge des Krisenmanagements durchaus an Handlungsfähigkeit gewonnen hat – die Exekutive war eher „Herrin des politischen Verfahrens“ als üblich –, sein Repertoire an Steuerungsinstrumenten gegenüber der Wirtschaft wurde erweitert und es wurden neue Institutionen aufgebaut. Der neuen Stärke des Staates stehen jedoch erdrückende Zwänge des globalen Kapitalismus gegenüber. Dessen US-amerikanische Verfassung wird in der Rezension des Buches von *Joseph Stiglitz* am Ende des Heftes thematisiert.

In den **Abhandlungen** finden sich erneut eine Mischung zwischen Etablierten und Nachwuchs, der interdisziplinäre Anspruch sowie der für **dms** so wichtige Aktualitätsbezug, der auf dem besten wissenschaftlichen Niveau erfüllt werden soll. Hierbei sind auch die unterschiedlichen verfügbaren methodische Zugänge von Bedeutung. In ihrem Beitrag haben *Peter Hupe* und *Wouter Van Dooren* einen diskursanalytischen Zugriff gewählt, um exemplarisch der Frage nachzugehen, welcher Zusammenhang zwischen „reform“ und „performance“ besteht. Dabei zeigen sie an den Beispielen von Wohlfahrtstaatreformen in Belgien und den Niederlanden die Relevanz von symbolischen und rhetorischen Dimensionen des politischen und institutionellen Geschehens auf: „Reform can be differentiated into reform action and reform talk. Next to measures (action) discourse (talk) seems to be an innate characteristic of reform that may fundamentally help shaping reform results“. Der Artikel von *Sabine Kuhlmann* und *Philipp Richter* untersucht seinerseits Effekte von Reformen, nämlich von Dezentralisierungsreformen im Bereich der Leistungsverwaltung. Am Beispiel der Versorgungsverwaltung in Baden-Württemberg, speziell des Schwerbehindertenfeststellungsverfahrens, welches im Jahr 2005 auf die Landkreise übertragen wurde, werden drei grundlegende Prozesse des institutionellen Wandels betrachtet, die bei der Abschichtung von Aufgaben einer staatlichen Sonderverwaltung auf die Kommunalverwaltung zu beobachten sind. Die empirischen Beobachtungen zeigen, dass es zu widerstreitenden Effekten und „trade offs“

kam. Ebenfalls auf der Ebene lokaler Politik beschäftigt sich der Beitrag von *Stefan Grohs* am Beispiel der Jugendhilfe empirisch mit dem Einfluss von Modernisierungs- und Ökonomisierungsimpulsen auf die Ausgestaltung und den Wandel lokaler Wohlfahrtsarrangements. Im Mittelpunkt steht zum einen die Frage, welchen Einfluss diese Reformkonzepte auf die institutionelle Ausprägung lokaler Wohlfahrtsproduktion, d.h. die Trägerstrukturen sozialer Dienstleistungen haben. Zum anderen wird untersucht, wie die Leistungsbeziehungen und Koordinationsstrukturen zwischen Sozialverwaltung und externen Wohlfahrtsproduzenten im Zuge der Modernisierung verändert werden. *Daniel Rölle* und *Frank Brettschneider* gehen der weit verbreiteten aber empirisch nicht belegten Ansicht nach, durch die negative Berichterstattung der Medien über das (Fehl-)Verhalten von Beamten bzw. über die öffentliche Verwaltung insgesamt, bildeten sich in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger Stereotypen, die im kollektiven Gedächtnis haften bleiben. Der Beitrag fasst die wissenschaftliche Diskussion über öffentliche Verwaltung und Medienberichterstattung zusammen; ergänzt anhand von Sekundäranalysen, in denen Mediennutzung einerseits und Einstellungen zur Verwaltung andererseits miteinander verbunden werden. Der folgende (aus dem Bremer Sonderforschungsgebiet 597 „Staatlichkeit im Wandel“ stammende) Aufsatz bearbeitet ein Thema, das in vorangegangenen Heften von *dms* bereits behandelt wurde: den Europäischen Gerichtshof (2/2009 und 1/2010). *Susanne Schmidt* analysiert die Rechtsprechung des EuGH zu den Grundfreiheiten von Waren, Dienstleistungen, Arbeitnehmern und Niederlassungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. Die ursprünglich für die Warenverkehrsfreiheiten entwickelte Rechtsprechung hat einen pfadabhängigen Prozess in Gang gesetzt, der zu einer Übertragung auf andere Bereiche, aber auch zu erheblichen Verteilungswirkungen führte. Die Dienstleistungsrichtlinie ist hierfür ein prominentes Beispiel.

In der Rubrik **Forschungsagenda** stellt ein Team des speyerischen Forschungsinstituts für Öffentliche Verwaltung den im Mai 2010 aus verwaltungswissenschaftlich orientierten Teildisziplinen konstituierten Projektverbund „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“ vor. Leistungsmessung, Leistungsvergleich und Benchmarking sind im internationalen Kontext zu einem vorrangigen Thema geworden. Als prominentes Beispiel für diesen Trend kann die Grundgesetzänderung im Rahmen der Föderalismusreform II des Jahres 2009 gelten, mit der Leistungsvergleiche erstmals einen verfassungsrechtlichen Status erhalten haben.

Der Abschluss des dritten Jahrganges von **dms** erscheint aus unserer „selbstbezüglichen“ Sicht hervorragend gelungen, woran auch wieder unsere Redaktionsassistentin *Marlen Kellermann* mit ihrem gleichbleibend hohen Engagement beteiligt war.

Auch im ersten Heft des vierten Jahrganges werden sicherlich wieder hochinteressante Aufsätze, u.a. in einem von *Ellen Immergut* organisierten Schwerpunkt zu „Institutionen und Umweltpolitik in Deutschland“, erscheinen. Wir sind bester Dinge hinsichtlich der Fortführung des Projektes. Gleichwohl sollte der Ansporn zur Einreichung von Manuskripten nicht nachlassen, wobei wir ganz besonders den wissenschaftlichen Nachwuchs begrüßen möchten.

Hannover, im Oktober 2010

Bernhard Blanke

